

Eine andere Welt ist nötig!

Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft

mit Texten zu: Arbeitszeitverkürzung, Arbeit im Kapitalismus, gewerkschaftlichen Kämpfen, Nazis im Stadion, Bildung uvm.

DGB
Jugend

Einleitung

Redaktionskollektiv

Liebe Leser*innen,

ihr haltet soeben die Begleitbroschüre der Braunschweiger Gewerkschaftsjugend anlässlich des 1. Mai, dem traditionellen internationalen Kampftag der ArbeiterInnen-Bewegung, in der Hand. Zum dritten Mal in Folge haben wir ein Bündnis verschiedener politischer Organisationen und Gruppen der Region aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen und zu einem gemeinsamen Jugendblock auf der 1. Mai-Demonstration aufgerufen. In den letzten beiden Jahren folgten diesem Aufruf jeweils über 150 junge Menschen und nutzten die Möglichkeit, um auf ihre persönliche Situation und die anderer Menschen hier, in Europa und der Welt, aufmerksam zu machen. Im Kern unserer Kritik steht nach wie vor das große Ganze und damit das kapitalistische Gesellschaftssystem. Dieses trägt massive Widersprüche in sich und es bedarf ebenso massiver sozialer Kämpfe, um die Menschen und ihre Bedürfnisse wieder in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken, anstelle des ewigen Strebens nach Profit. Für uns ist daher klar: Wir brauchen eine andere Gesellschaftsordnung. Die Forderung und der Kampf für eine solidarische Gesellschaft stellen hierbei die Basis der Auseinandersetzung dar, um ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Dafür machen wir uns stark, ob in der Schule, in den Betrieben, an Hochschulen oder überall dort, wo sich das Miteinander in unserer Gesellschaft täglich auslotet.

In dieser Broschüre soll anhand der Beiträge von verschiedenen Organisationen und Gruppen eine Vielzahl an politischen Ansätzen und Perspektiven präsentiert und zur Diskussion gestellt werden. Es ist nicht das Ziel, eine einheitliche Meinung über alle thematisierten Fragestellungen zu transportieren, daher ist der Widerspruch einiger Texte eine durchaus gewollte Begleiterscheinung.

Durch die Gewerkschaftsjugenden der NGG und ver.di wird die konkrete Situation von jungen ArbeitnehmerInnen am Beispiel der Branchen der

Gastronomie und des Einzelhandels beleuchtet. Zu einer Auseinandersetzung um eine solidarische Gesellschaft gehört auch die Thematik Bildung im Kapitalismus. Hierfür stellt die IG Metall Jugend ihre neue Kampagne „Revolution Bildung“ vor und geht näher auf das grundsätzliche Verständnis von Bildung ein. Ergänzt wird dies durch einen Text des AStA der Technischen Universität, welcher am Beispiel der Hochschulen aufzeigt, warum Bildung und Verwertungslogik in der gegenwärtigen Gesellschaft zwangsläufig miteinander einhergehen. Um zu analysieren, was Arbeit an sich und für die Menschen genauer bedeutet, stellt die Antifaschistische Gruppe Braunschweig den Begriff der Arbeit vom Kopf auf die Füße“. Aber auch die konkrete Frage von Alternativen zur derzeitigen Politik beschäftigt uns. Hierzu wird die DGB-Jugend auf die Notwendigkeit weiterer solidarischer Arbeitszeitverkürzungen aus sozialer Sicht eingehen. Wie diese neugewonnene Freizeit sinnvoll zu gestalten wäre, bespricht der Jugendverband der Falken in seinen Überlegungen zu Freiräumen. Warum Nazis am allerwenigsten in eine freie und solidarische Gesellschaft passen und ihnen daher keine gesellschaftlichen Räume überlassen werden sollten, thematisieren die Ultras Braunschweig anhand des Beispiels Eintracht-Stadion. Schließlich widmen sich das Antifaschistische Plenum & die Jugend Antifa Aktion dem Thema, was Antifaschismus im Kontext einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeutet.

Eine andere Welt ist nötig! Mit den unterschiedlichen Texten in diesem Heft wollen wir darstellen, warum der Kampf um ein besseres Leben notwendig ist und wir deshalb dazu aufrufen, alle zusammen am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!



Inhaltsverzeichnis

- 04** **Gute Arbeit? Auch beim Einkaufen!**
Ver.di-Jugend Braunschweig
- 05** **Revolution Bildung**
IGM-Jugend Braunschweig
- 08** **Gastronomie? Holt mich hier raus**
Junge NGG Braunschweig
- 10** **Arbeitszeitverkürzung**
DGB-Jugend Braunschweig
- 13** **Arbeit nervt!**
Antifaschistische Gruppe BS
- 17** **Ware, Wettbewerb, Wissenschaft**
AStA TU BS / Referat für Bildungsökonomie
- 20** **Nazis im Stadion**
Ultras Braunschweig
- 23** **Eine Welt, wie sie uns gefällt**
Falken KV Braunschweig
- 24** **Antifaschismus, Antikapitalismus?!**
Antifaschistisches Plenum und Jugend
Antifa Aktion (JAA)





Gute Arbeit? Auch beim Einkaufen!

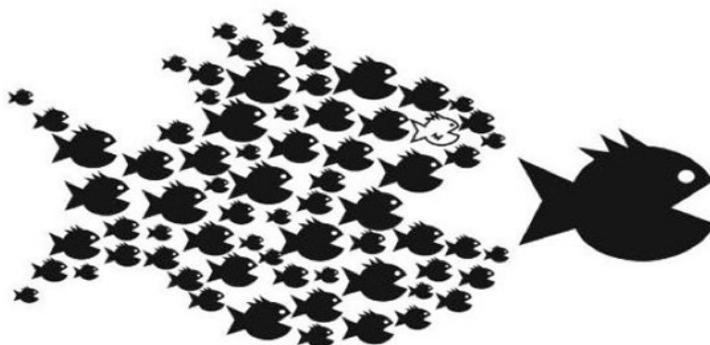
von der Ver.di Jugend Braunschweig

Jeder und jede von uns geht einkaufen. Dabei setzen wir voraus, dass die Waren immer verfügbar und immer frisch sind. Das neue T-Shirt oder die neuen Schuhe wollen wir sofort in der passenden Größe finden. In ganz Deutschland sorgen fast drei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel dafür, dass wir alles bekommen, was wir für unser tägliches Leben brauchen, von der Cola über das Deo bis hin zu Kleidung. Etwa zwei von drei Beschäftigten sind Frauen und oft verdienen sie nicht viel und arbeiten nur in Teilzeit.

Vor Kurzem haben die Arbeitgeber im Einzelhandel die Tarifverträge gekündigt, in denen nicht nur die Bezahlung, sondern z.B. auch die Anzahl der Urlaubstage oder Zuschläge für die Arbeit in den Abendstunden geregelt sind. Den Beschäftigten drohen jetzt massive Verschlechterungen. Statt 30 könnten sie demnächst nur noch 20 Urlaubstage haben. Zuschläge oder Urlaubsgeld könnten komplett wegfallen. Das können wir nicht so hinnehmen! Darum

werden wir aktiv und unterstützen unsere Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel. Wir gehen in die Betriebe und informieren die Beschäftigten über die Kündigung der Tarifverträge und was sie jetzt machen können. Wer nämlich in einem tarifgebundenen Betrieb arbeitet und bereits ver.di Mitglied ist oder es spätestens bis zum 30. April wird, der hat auch weiterhin einen Rechtsanspruch auf die Regelungen des gekündigten Tarifvertrags. Und nach dem 30. April? Da werden wir die Kolleginnen und Kollegen mit coolen Aktionen

in und vor den Läden unterstützen, denn gute neue Tarifverträge erreichen wir nur gemeinsam. Doch das ist natürlich nicht alles, was wir als ver.di Jugend machen. Wir setzen uns z.B. für gute Bildung für alle, Übernahme und eine gute Ausbildung ein und sind im Kampf gegen Rassismus aktiv. Im Laufe des Jahres haben wir noch viel vor, also komm doch mal vorbei! Lass uns die Verhältnisse zum Tanzen bringen! Wir sehen uns am 1. Mai.



ORGANIZE!

in und vor den Läden unterstützen, denn gute neue Tarifverträge erreichen wir nur gemeinsam. Doch das ist natürlich nicht alles, was wir als ver.di Jugend machen. Wir setzen uns z.B. für gute Bildung für alle, Übernahme und eine gute Ausbildung ein und sind im Kampf gegen Rassismus aktiv. Im Laufe des Jahres haben wir noch viel vor, also komm doch mal vorbei! Lass uns die Verhältnisse zum Tanzen bringen! Wir sehen uns am 1. Mai.



Revolution Bildung

von der IG Metall Jugend Braunschweig

Der Mensch ist, was er als Mensch sein soll, erst durch Bildung.“
Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Was ist Bildung?

Bildung bezeichnet ganzheitlich den lebenslang begleitenden Entwicklungsprozess des Lernens, bei dem der Mensch seine lebenspraktischen Fähigkeiten, seine personalen wie auch sozialen Kompetenzen erweitert. Bildung ist also, neben dem Erwerb von beruflichen Qualifikationen, die Grundlage zur Persönlichkeitsentwicklung, befähigt zur Selbstbestimmung, demokratischer Teilhabe und solidarischem Miteinander. Dabei geht sie weit über den schulischen Erwerb von konkretem Wissen hinaus. Sie ist somit für einen großen Teil unserer persönlichen Entwicklung verantwortlich und verhilft dabei, die Möglichkeiten zu entdecken, wie wir uns aktiv an der Gesellschaft beteiligen können. Ob Kindergarten, Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf, Bildung wie auch Weiterbildung eröffnet uns neue Chancen und Perspektiven unser eigenes Leben, wie auch das Leben um uns herum, aktiv und selbstbestimmt zu gestalten.

Die ganze Bildung ist notwendig!
 Diese zweite Seite“ der Bildung, also der Teil, welcher uns z.B. nicht nur mathematische Zu-

sammenhänge aufzeigt, wird meist nicht als wichtig empfunden und ist somit wenn überhaupt nur sehr schwach ausgeprägt. Dies liegt an ihrer zunehmenden Ausrichtung in Richtung Wirtschaft, also der Vorbereitung junger Menschen für das Arbeitsleben und den Arbeitsmarkt. Im Fokus sind dabei die Vermittlung und das Training von Berufswissen. Hier steht somit unser Interesse nach eigener Entfaltung, also z.B. Kreativität, dem Interesse der Wirtschaft gegenüber. Kurz gesagt – Bildung wird immer häufiger nur als Teil der Wirtschaft oder gar als Ware wahrgenommen. Den Teil der Bildung, welcher darüber hinaus geht und uns nicht nur als (zukünftige/r) Arbeiterin oder Arbeiter versteht, sehen wir als notwendigen für jede Bildung an!

Bildung in Deutschland

Das Bildungssystem in Deutschland weist zahlreiche Missstände auf, in Schule, Berufsbildung und Universität, die sich alle auf die SchülerInnen, Auszubildenden und StudentInnen auswirken, also den Faktor Qualität betreffen. Aus dem aktuellen Bildungsbericht 2012 lässt sich unter anderem entnehmen, dass es unter Jugendlichen einen Kern von bis zu 20 Prozent gibt, die als

Bildungsverlierer“ gelten. Diese haben z.B. Probleme damit Texte richtig zu verstehen und/oder brechen Schule, Ausbildung oder Studium ab. Auch der Trend zur Verkürzung von Berufsbildung führt zu starken qualitativen Einschnitten, da diese Menschen nicht mit dem Anspruch einer Ausbildung eingestellt werden, sondern um kurzzeitig günstige Arbeitskräfte zu erhalten. Auch die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“ zeigt auf, wie es um die langfristige Qualität in der Bildung steht. Die Möglichkeit zur langfristigen Weiterentwicklung, also das Erzielen eines hö-

zahlen müssen. Dies macht es vor allem prekär Beschäftigten, wie z.B. LeiharbeiterInnen, schier unmöglich sich weiterzubilden. Die fehlenden Investitionen machen sich auch bei der Studie der Bosch-Stiftung bemerkbar. 2020 seien es 2,4 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte, die in Deutschland fehlen werden.

Zugang

Der Zugang zu Bildung spielt eine große Rolle bei der Chancengleichheit bzw. -ungleichheit. Im Leben eines jungen Menschen haben Bewerbungen und deren Ausgang großen Einfluss auf dessen Möglichkeiten und die Lebensqualität, denn es geht um die Grundsteine der Zu-



heren Abschlusses, sei demnach durch eine Fehlsteuerung von Mitteln eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass viele junge Menschen selbst nicht (min.) den Bildungsstand ihrer Eltern erreichen und dass zu wenige den ihrer Eltern überschreiten.

Geld

Natürlich, wie überallsonst in unserer Gesellschaft, spielt auch bei der Bildung Geld eine große Rolle. Deutschland gibt nach internationalen OECD-Kriterien im Schnitt zu wenig Geld für Bildung aus und liegt damit auf Platz 30 von 36 Industrienationen. Dazu kommen die andauernd sinkenden Reallohneinkommen, welche diese Entwicklung verschärfen, da die Beschäftigten fast immer noch die Kosten für Weiterbildung selbst

kunft. Hierunter fällt vor allem die Suche nach einer Ausbildungsstelle, einem Arbeitsplatz oder auch die Bewerbung an der Uni. Im Bereich der Ausbildungsplatzsuche oder Arbeitssuche, welche für manche Jugendliche zu einer jahrelangen Aufgabe wird, lässt sich deutlich erkennen, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt. Dabei wird meist übersehen, dass davon ein hoher Anteil an jungen Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft, wirtschaftlichen Lage und/oder auch aufgrund ihres Migrationshintergrundes derart geringe Chancen haben. In keinem anderen

Industriestaat entscheiden diese Faktoren so sehr über die Bildungschancen wie in Deutschland. Laut OECD-Bildungsbericht ist das Verhältnis der jungen Menschen, die nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern erreichen und derer die jenes übersteigen, deutlich unter dem Durchschnitt. Bildungsherkunft entscheidet in Deutschland stärker als in nahezu allen anderen Ländern über Bildungszukunft und berufliche Entwicklung.

Zeit

Die Bildungspolitik wird in Deutschland seit einiger Zeit von dem Leitsatz bestimmt, diese so zu reformieren, dass junge Menschen möglichst schnell dem Arbeitsmarkt bereitgestellt werden können. Hierbei geht es um den Faktor Zeit. Nicht nur beim hochschulpoli-

Solche Verkürzungen der zu Verfügung stehenden, effektiven Lernzeit führt auch zwangsläufig zu Einbußen bei der Qualität.

Revolution Bildung!

Um Bildung nicht bloß als Motor der Wirtschaft funktionieren zu lassen, sondern um sie dorthin zu führen, wo sie allen Menschen nützt, müssen diese vier Ebenen von uns angegangen werden. Die Faktoren Qualität, Geld, Zugang und Zeit bieten uns die Möglichkeit Bildung in der Politik, in der Gesellschaft, im Betrieb, in der Uni, in der Schule und natürlich auch in der IG Metall zu beeinflussen. Daher setzt genau hier die neue Kampagne der IG



tischen Bologna-Prozess, also der Verschulung und Verkürzung der Studiengänge, fällt diese Entwicklung ins Auge, sondern auch bei der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit um ein Jahr. Auch hier stand der schnellstmögliche Übergang in den Arbeitsmarkt im Vordergrund. Begründet wird das damit, wie auch bei der Verkürzung der Berufsbildung oder im Allgemeinen der Trend zur Verdichtung und Beschleunigung, die Wettbewerbsfähigkeit international verlieren zu können.

Metall Jugend Revolution Bildung' an. DENN: Bildung geht uns alle an. Ob Azubis, LohnarbeiterInnen, Arbeitslose, RentnerInnen, SchülerInnen oder Studierende - wir alle haben das Recht auf gute Bildung! Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Und Bildung braucht eine Revolution! Darum unterstützt die Kampagne und füllt sie weiter mit politischer Theorie wie auch Praxis! Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!

www.revolutionbildung.de
<http://www.facebook.com/RevolutionBildung>



Gastronomie - „Holt mich hier raus?“

von der jungen NGG Braunschweig

Unsere Frage an dich ist nicht die nach dem letzten Absturz, sondern: „Jobbst du“? Weil du Zeit überbrückst, neben der Schule oder der Uni? Oder machst du eine Ausbildung in der Gastronomie? Dann interessiert uns, wie es dir da so ergeht - und du interessierst dich vielleicht auch gleich für uns. Aber auch wenn du nur gerne ausgehst, so hast du vielleicht einen Blick dafür, was um dich herum los ist.

Das sind wir - jungeNGG

Wir sind die jungeNGG, das sind Azubis, junge ArbeitnehmerInnen und Studierende in der Gewerkschaft NGG, was „Nahrung-Genuss-Gaststätten“ heißt. Unser Name ist Programm, denn wir sind die Gewerkschaft, die Spaß macht: Neben Kneipen, Gaststätten und Hotels kümmern wir uns um alles, was du trinken und essen kannst. Die Ernährungswelt ist unsere Welt, manchmal auch ganz schön abenteuerlich.

An deiner Seite, wenn's klemmt

Was heißt „wir kümmern uns“? Als Fachgewerk-

schaft stehen wir zunächst mal mit Rat und Tat neben den Beschäftigten, wenn's Probleme gibt. Das kommt in der Gastronomie leider öfter vor. Neben stressigen Gästen hakt's auch mit dem Chef, z.B. ausufernde Arbeitszeiten, kein Urlaub oder gar fehlender Lohn. Dann brauchst du in der Regel erst einmal eine Rechtsberatung. Im Arbeitsrecht sind wir Spezialisten.



Was bekommst du

dafür? Verdienen tust du mehr!“

Der Lohn in der Gastronomie könnte wirklich besser sein, denn die Arbeit ist ganz schön hart. Oft bestimmen z.B. die letzten Gäste, wann der Tresen schließt. Und nervige Sprüche der Gäste zerran auch oft am Nervenköstüm. Und immer schön lächeln, von wegen... Was verdient man so? Als ungelernte Kraft kannst du für einfachste Tätigkeiten wie Tisch-abräumen oder Spülen bei ca. der Hälfte der Gastronomen hier in der Region mind. 8,00 Euro pro Stunde bekommen. Wenn du Service machst und kassierst, sogar 8,82 Euro. Als Azubi

steigst du derzeit mit 450,00 Euro ein. Das steht so in keinem Gesetz, sondern das verhandelt NGG mit der Arbeitgeberseite in Tarifverträgen. Diese Tariflöhne waren bis Februar 2013 sogar als allgemeinverbindliche Lohnuntergrenzen festgesetzt. Alle ungelernten Kräfte in Niedersachsen hatten bis dahin einen Rechtsanspruch darauf, also auch Schülerinnen und Studierende. Arbeitgeber zahlen das selten freiwillig. Da können wir helfen. Und jetzt wird wieder verhandelt, denn diese Löhne sind veraltet und müssen wieder steigen, alles wird teurer. Das ist also auch unsere Welt.

Einmischen, aufmischen, verändern
Öffentlichkeit schaffen, Beschäftigte informieren - das ist uns ebenso wichtig. Wir beteiligen uns an Aktionen anderer oder werden mit eigenen Aktionen sichtbar, z.B. zu den neuen Tarifverhand-

die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Nur so werden auch die Ausbildungsberufe wie Köchin, Restaurant- und Hotelfachfrau wieder attraktiver - etliche Azubis brechen ab, fallen durch oder verlassen die Branche nach der Ausbildung. Unsere Meinung: Eine Katastrophe! Und Essen und Service werden auch nicht besser. Eigentlich ist die Gastronomie eine der interessantesten Branchen, denn du bist in der ganzen Welt gefragt, kannst überall hingehen.

Mehr Geld für & mehr Achtung gegenüber den Beschäftigten, das muss unser Ziel sein!

Haben wir dein Interesse geweckt? Melde dich bei uns, wir freuen uns auf dich: NGG Süd-Ost-Niedersachsen, Wilhelmstraße 5 in



lungen. Dann ziehen wir durch Kneipen, Lokale und Hotels, verbreiten unsere Forderungen und sorgen für ordentlich Gesprächsstoff in den Betrieben. Die Gastronomie ist und bleibt wohl leider unser Sorgenkind. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Gastgewerbe wächst faktisch nur im prekären Bereich, d.h. unsichere Arbeitsverhältnisse. Seit 2007 ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und MinijobberInnen um 32 Prozent gestiegen. Selbst gelernte Fachkräfte leiden darunter. Inzwischen arbeiten zwei Drittel der Beschäftigten zu einem Niedriglohn von unter 10,36 Euro. Da ist Altersarmut vorprogrammiert! Die Arbeitgeber müssen dringend umsteuern und

38100 Braunschweig (Gewerkschaftshaus).
Du magst die elektronische Variante? region.son@ngg.net oder auf facebook unter Gewerkschaft NGG Region Süd-Ost-Niedersachsen“, like us, follow us!

**Brandneue Info! Die Tariflöhne in der Gastronomie steigen zum 1. Mai. 2013
Es gibt 3,25% mehr Lohn!
Für Azubis zwischen 50 und 120 € mehr!
Ab März 2014 weitere 2,5% und 50 € für Azubis.**



Eine Alternative: Arbeitszeitverkürzung.

von der DGB Jugend Braunschweig

Immer wieder stellen wir fest, dass die Freude über den Feierabend bzw. das Wochenende (sofern wir dort nicht auch noch arbeiten müssen) berechtigterweise sehr groß ist. Wir gehen schließlich nicht zur Arbeit des Arbeitens wegen, sondern weil wir dafür Lohn bekommen, den wir zum Leben brauchen. Natürlich kann Arbeit einen Menschen auch glücklich machen, dafür sind jedoch einige andere Faktoren wie Arbeitszeit und -umfeld, Lohn sowie natürlich die Vereinbarkeit mit dem Privatleben ausschlaggebend. Leider sind diese jedoch selten an die Bedürfnisse der Menschen angepasst. Die schönste Zeit des Lebens verbringen wir jenseits der Arbeit, nicht ohne Grund werden die schönsten Erinnerungsfotos von uns wohl keine zusammen mit dem Chef sein.

Arbeitslos mit Zukunftsangst oder Arbeiten bis zum Umfallen?

In Deutschland arbeiten die Menschen durchschnittlich ca. 42 Stunden in der Woche, in Europa sind es etwa 40,5 Stunden. Gleichzeitig sind dort Millionen Menschen arbeitslos. Alleine in Deutschland sind seit 1991 bis heute durchschnittlich fast 3,8 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Dunkelziffer liegt jedoch weit höher. Denn es liegt natürlich im Interesse der jeweiligen Re-

gierung, die Arbeitslosenstatistik weitestgehend zu schönen. Die Zahl derer, die sich gezwungenermaßen durch repressive Auflagen der Arbeitsagentur in sogenannten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ oder „Ein-Euro-Jobs“ befinden, wird teilweise auf über 1,5 Millionen Menschen geschätzt. Diese tauchen in der offiziellen Arbeitslosenstatistik der Bundesregierung nicht auf. In Südeuropa sieht es noch schlimmer aus. Die Jugendarbeitslosigkeit bei unseren Kolleg*innen in Griechenland beträgt 59,4 Prozent, in Spanien 55,5 Prozent und in Portugal 38,6 Prozent. Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, bedeutet oftmals den Ausschluss vom sozialen Leben. Wer hat schon Lust, mit Mitte 20 noch bei den Eltern zu wohnen oder in der Freizeit nichts mit den Freund*innen unternehmen zu können, weil man es sich schlichtweg nicht leisten kann. Daher drängt sich die berechtigte Frage auf, warum wir in Europa eigentlich durchschnittlich 40,5 Stunden die Woche arbeiten, wenn gleichzeitig Millionen von Menschen auf der Suche nach Arbeit sind.

Arbeitslosigkeit ist hausgemacht

Das Interesse eines Arbeitgebers ist stets, mehr Profit zu machen. Dies wird auf unterschiedlichen Wegen verwirklicht, einer davon ist die Steigerung der Produktivität. Im Grundsatz ist es erst mal begrüßenswert, wenn es gelingt, in

kürzerer Zeit mehr Arbeit zu erledigen oder noch besser, die gewohnte Arbeit nun von Maschinen erledigen zu lassen. Dies würde am Ende kürzere Arbeitszeiten für alle und damit mehr Freizeit bedeuten. Allerdings reagieren die Arbeitgeber auf das stetige Sinken des Bedarfs an menschlicher Arbeitskraft nicht mit einer solidarischen Verteilung der noch vorhandenen Arbeitszeit. Langfristig führt die Steigerung der Produktivität also zwangsläufig zu wachsender Arbeitslosigkeit, weil am Ende weniger Menschen zur Herstellung einer Ware benötigt werden. Doch die Produktivitätssteigerung bringt noch andere Nebenwirkungen mit sich. So wird sie nicht nur über die Automatisierung oder die Erhöhung des Arbeitspensums erzeugt, gleichzeitig werden auch die Anforderungen an die Arbeiter*innen erhöht. Daraus

Betrieben sichern, die Menschen entlasten und die derzeit Arbeitslosen in Beschäftigung bringen.

Mehr Freizeit für alle!

Viele von uns würden gerne mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben, aber den meisten von uns fehlt am Ende eines Schul- oder Arbeitstages die Kraft und/oder das nötige Geld, um sich selbstbestimmt weiterzubilden oder sozial bzw. politisch zu engagieren. Für viele Menschen tritt neben die Lohnarbeit noch die Betreuung der Kinder und trotz Automatisierung räumt sich der Haushalt nicht von selber auf. Produktivitätssteigerung ist nur dort im Sinne der Arbeitgeber, wo sie Gewinne für sie erzeugt. Die Re-



entstehende Leistungsverdichtung führt oftmals zu Krankheit. Nicht ohne Grund haben sich in Deutschland die stressbedingten Erkrankungen (z.B. Burnout), in den letzten Jahren verdreifacht. Eine Möglichkeit, der Leistungsverdichtung auf der einen Seite und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf der anderen entgegen zu wirken, ist die kollektive und solidarische Verteilung der übrigen Arbeitszeit. Indem man die Arbeitszeit für alle verkürzt, lassen sich die vorhandenen Arbeitsplätze in den

produktionsarbeit der Menschen wesentlich zu vereinfachen, ist für sie deshalb kaum von Interesse.

Dabei gehen uns in der Gesellschaft viele Dinge gegen den Strich, denen wir uns in unserer Freizeit gerne intensiver widmen möchten: Ob es darum geht, dass die Welt nur des Profits wegen in 200 Jahren an den ökologischen Abgrund gebracht wird oder wie der Staat arbeitslose Menschen schikaniert, während wir bis zum 67. Lebensjahr arbeiten sollen. Oder um die

Frage, warum Nazis, die einzelnen Menschen-
gruppen die Schuld für alle Übel dieser Gesell-
schaft geben und Jagd auf Andersdenkende
machen, wieder durch die Straßen marschie-
ren dürfen. Und dann will mein Chef auch noch,
dass ich am Samstag und Sonntag arbeite.
Wenn wir davon ausgehen, dass Demokra-
tie eben nicht nur bedeutet, alle vier Jahre ir-
gendwo ein Kreuz zu machen, sondern wir der
Überzeugung sind, dass Demokratie nur durch
das aktive und (auch strukturell) gleichberech-
tigte Einmischen aller Menschen funktioniert,
dann müssen wir schlussendlich auch mehr
(Frei-)Zeit zum Einmischen für alle fordern.
Dann geht es eben nicht, dass wir nach der Ar-
beit oder der Schule so kaputt sind, dass wir
einfach nur unsere Ruhe haben wollen.

Aufgrund der damaligen Niederlage wird derzeit
die Durchsetzbarkeit weiterer Arbeitszeitverkür-
zungen als sehr schwierig angesehen. Was da-
bei vergessen wird: allen politischen Kämpfen
- insbesondere jenen, die unsere Gesellschaft
besser gemacht haben - ging eine lange Zeit von
Diskussionen voraus, um andere Menschen von
diesen Ideen zu überzeugen. Gerade in Zeiten
von bedrohlich hoher Jugendarbeitslosigkeit, der
Zerstörung ganzer Sozialsysteme in Südeuropa
durch deutsche Sparpolitik, in denen Massenar-
beitslosigkeit (auch in Deutschland) zur Normali-
tät geworden ist und Demokratie und Mitbestim-
mung zunehmend ausgehebelt und abgebaut
werden – in diesen Zeiten



Weniger Lohnarbeit für alle be-
deutet neben mehr Zeit für Spaß am Leben ebenso
mehr Zeit für soziales und politisches Engagement.

Gehen wir es an: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – 30 Std. sind genug!

In der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung
gab es immer wieder harte Kämpfe. Über Jahr-
zehnte hinweg wurden heutige Annehmlich-
keiten, wie die 8-Stunden-Tage und die 35-Stun-
den-Woche, erkämpft. Wie bei allen Kämpfen
hat man aber auch Niederlagen einstecken
müssen. Eine bedeutende liegt nicht lange zu-
rück: 2003 scheiterte der Kampf zur Einfüh-
rung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland.

sollten wir mu-
tig sein und der angeblichen Alternativlosigkeit
klare Forderungen und Ideen entgegensetzen.

Wir gehen am 1. Mai in Braunschweig auf die
Straße, um laut zum Ausdruck zu bringen, dass
weitere solidarische Arbeitszeitverkürzungen
von Nöten sind. Wir kämpfen dafür, dass Re-
produktionsarbeit, und dazu gehört eben auch
soziale und politische Arbeit, in unserer Gesell-
schaft gleichwertig mit Lohnarbeit anerkannt
wird. Denn wir wollen mehr Platz für Bildung,
gesellschaftliches Engagement und Freizeit.

Höchste Zeit für mehr Zeit zum Le-
ben, Lieben und Lachen!



Arbeit Nervt!

von der Antifaschistischen Gruppe Braunschweig

Tag der Arbeit“

Auch in diesem Jahr werden sich an vielen Orten der Republik wieder Menschen zusammen finden, um am 1. Mai zu demonstrieren. Da sind die Gewerkschaften, die ihren Tag der Arbeit“ begehen und für ein paar Prozent mehr Lohn demonstrieren, um danach auf dem einen oder anderen ritualisierten 1.Mai-Fest ihre Forderungen zu unterstreichen. In vielerlei Hinsicht begegnet der Tag der Arbeit“ den Betrachter_Innen also als skurriles Schauspiel und politischer Kampftag für allerlei Blödsinn. Sowohl reaktionäre als auch reformistische Deutungsmuster (zwischen denen wohl gemerkt erhebliche Unterschiede bestehen) können die Gesellschaft nicht verstehen. Mit ihren Auffassungen von Gesellschaft kann die gegenwärtige Verfasstheit der Welt nicht als Ganzes analysiert werden. Sie kratzen nur an der Oberfläche und blendend dabei gesellschaftliche Strukturen aus, da sie sich lediglich an den Symptomen abarbeiten. An genau diesen setzen die politischen Verbände reformistischer Orientierung an: Es wird eine bunte Palette an Forderungen geschaffen, die darauf zielen die Welt besser zu machen, ohne die Ursachen, nämlich die gesellschaftlichen Strukturen, näher zu beleuchten oder zu analysieren. Kriege, Umweltzerstörung oder Armut werden zwar als schlimme Ereignisse wahrgenommen, aber

nicht als Resultat kapitalistischer Logik begriffen. Das Ergebnis dieser Politik ist auf der einen Seite ein Sammelsurium von Einzelforderungen, die nahezu von allen Akteuren der bürgerlichen Gesellschaft in der einen oder anderen Weise unterschrieben werden können. Auf der anderen Seite wird den gesellschaftlichen Strukturen ihre Festigkeit verliehen, indem die Totalität der gesellschaftlichen Strukturen ausgeblendet und sie als Ganzes und/oder in ihren Einzelteilen nicht kritisch reflektiert und analysiert wird. Wer sich nur an den Symptomen abarbeitet, hat zwar einiges zu tun, wird aber begrenzten Erfolg verzeichnen können. Wer nicht bloß Verwalter_In sozialer Ungleichheit sein will, wer wirklich etwas an der Verfasstheit der Welt ändern will, muss sich erst einmal damit beschäftigen wie Gesellschaft beschaffen ist, ihre Funktion verstehen und zumindest aus der Oberflächlichkeit der Logik, des als natürlich verklärten Bestehenden, ausbrechen.

Tag der ...“ - WAS?

Genug der schönen Floskeln. Was heißt es denn sich damit zu befassen, wie die Gesellschaft ist, sie zu analysieren und kritisch zu hinterfragen“?

In der kritischen Gesellschaftstheorie wird immer mit der Möglichkeit gerechnet, dass sich die Adressaten der Theorie über die gesellschaftlichen Gründe ihres Leids täuschen; etwa, weil







Ware, Wettbewerb, Wissenschaft

Vom AStA TU BS / Referat für Bildungsökonomie

Über die Ökonomisierung des Bildungs- und Hochschulwesens

Spätestens im Zuge der sich häufenden Schüler*innen- und Studierendenproteste seit 2002 wurde mit Slogans wie „Bildung ist keine Ware“ wieder vermehrt Kritik am Zustand des Bildungssystems in die Öffentlichkeit getragen und auch das Thema Studiengebühren sorgt bis heute in aller Regelmäßigkeit für kontroverse Debatten. In diesem Text soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie Bildung im Allgemeinen und die Hochschule im Speziellen in der gegenwärtigen Gesellschaft organisiert ist und welche Funktionen sie in dieser erfüllt.

Im kapitalistisch verfassten System muss sich das gesamte Bildungssystem ebenso am ökonomischen Prinzip der Verwertbarkeit orientieren, wie die übrigen Bereiche der Gesellschaft. Ausgebildete Fachkräfte und wissenschaftliche Forschung sind dabei selbst begehrte Waren, und damit den wechselhaften Launen und Bedürfnissen des „Marktes“ unterworfen. Bedingt durch den globalen Konkurrenzkampf mit dem Ziel der Profitmaximierung ist es für Unternehmen oftmals zu risikoreich, selbst in teure Forschung zu investieren. Die Rentabilität der Ergebnisse ist schließlich selten vorhersehbar und es bleibt ungewiss, ob die Fachkräfte nach Abschluss ihrer langen und verhältnismäßig teuren

Ausbildung nicht doch zur Konkurrenz gehen. Die Unternehmen sind deshalb auf ein öffentliches Forschungssystem angewiesen – finanziert durch staatliche Gelder, sowie durch Drittmittel aus der Privatwirtschaft. Im Interesse des Bildungs- und Forschungsstandorts Deutschland subventioniert der Staat betriebliche Ausbildungen und bildet in staatlichen Hochschulen Fachkräfte für die Wirtschaft aus. Gleichzeitig arbeiten Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Professor*innen in Hochschuleinrichtungen für vergleichsweise geringe Drittmittel den Unternehmen durch Forschung zu. Diese Arbeitsteilung zwischen Privatwirtschaft und dem öffentlichen Wissenschaftssystem bilden somit die Basis für Innovation in den Unternehmen und letztlich der Vermehrung ihres Kapitals.

Das zwangsläufige Resultat ist eine marktförmige Organisation der Bildungseinrichtungen, beginnend bei den Schulen. Die (Aus-)Bildung der Schüler*innen bezweckt in diesem Kontext neben der Vermittlung eines kleinen Grundstocks an allgemeinesellschaftlichem Wissen vor allem ihre Nutzbarmachung für die Wirtschaft. Wissen wird so zur Ware im Konkurrenzkampf des „Humankapitals“ auf dem Arbeitsmarkt.

Zur Rolle der Hochschulen im Kapitalismus

Hochschulen gelten in ihrem Selbstverständnis sowie

der Außenwirkung in der Regel als freier, unabhängiger Ort der Wissensaneignung und der „höheren Bildung“. Doch nicht erst durch die marktliberalen Hochschulreformen der letzten Jahre gerät dieses Bild ins Wanken, sondern die Tendenz zur Ökonomisierung des Hochschulwesens ist bereits in den kapitalistischen Rahmenbedingungen selbst angelegt. Dies zeigt exemplarisch die Einrichtung von Fachhochschulen Ende der 1960er Jahre, mit denen die anwendungsorientierte Ausbildung vorangetrieben wurde. Die allgemeine Bildung der Menschen durch Wissenschaft wurde schrittweise in eine Form von akademischer Kurz-Berufsausbildung transformiert. Diese Entwicklung wurde u.a. mit der Bologna-Reform ebenso an Universitäten fortgesetzt und zieht zahlreiche Folgen für das Verständnis von Hochschulbildung und ihrer konkreten Organisierung nach sich. Eine stärkere Verschulung

den Studierenden im Kampf um den richtigen Studienplatz und dessen Finanzierung breit. Auch die verschiedenen Hochschulen selbst stehen im Wettbewerb um die Verteilung staatlicher Gelder, welcher erhebliche Auswirkungen auf die unterschiedlichen Ebenen des Hochschulsystems hat. Erfolgreiche Forschung wird weniger an der gesellschaftlichen Relevanz der Ergebnisse gemessen, sondern vielmehr an der Höhe der erreichten Drittmittel und damit dem Ansehen der jeweiligen Hochschule. Die „Exzellenzinitiative“, also die hohe materielle Förderung einzelner Spitzenunis, hat wohl bisher am Deutlichsten gezeigt, dass die Lehre kritischer, sozialpolitischer und emanzipatorischer Wissenschaften gerne mal eingestellt wird, wohingegen beispielsweise profitable Militär- for-



der Studi- schung an Hoch-
 schulen wortwörtlich verteidigt wird.
 engänge mit dem Ziel der Abfrage standardisierten Wissens, die Angleichung des „Workloads“ an einen durchschnittlichen Arbeitsalltag, eine Verkürzung der Regelstudienzeit kombiniert mit Anwesenheitspflicht und ständigen Leistungskontrollen und nicht zuletzt die Einführung des Bachelors als „berufsqualifizierender Abschluss“ haben dazu geführt, dass das Studium „entwissenschaftlicht“ wurde – zu Gunsten einer ökonomisch zweckgebundenen Ausrichtung der Lehrinhalte an der „employability“ (Arbeitsfähigkeit). Eine eingehende, reflexive Beschäftigung mit verschiedenen Themen hat im kapitalistischen Wettbewerb offenbar nur eine geringe Relevanz. Anstelle der Idee einer breiten Förderung aller Interessierten tritt das Prinzip der Auslese.

der Studi- schung an Hoch-
 schulen wortwörtlich verteidigt wird.

Braunschweig – Stadt der (unabhängigen) Wissenschaft?

Diese Umstrukturierung des Hochschulwesens ist auch in Braunschweig an der hiesigen Technischen Universität (TU) deutlich sichtbar. Die Schwerpunktsetzung der regional ansässigen Wirtschafts- und Wissenschaftsunternehmen, besonders im Bereich Mobilität und Verkehr, spiegelt sich im Studienangebot sowie der wissenschaftlichen Ausrichtung der TU wieder. Die in diesem Bereich konzentrierten Drittmittel führen nicht nur zur Anbindung der Universität an die in der entsprechenden Branche tätigen Unternehmen, sondern auch zur direkten Finanzierung von Stiftungsprofessuren mit eigenem Lehrstuhl, wie u.a. durch Volkswagen, Salzgitter AG oder Intel geschehen.

Angesichts derartiger Kooperationen und der sich daraus ergebenden finanziellen Abhängigkeiten ist eine von wirtschaftlichen Interessen freie und damit selbstständige Forschung und Lehre nur bedingt vorstellbar. Hinterdieser zunehmenden Hinwendung zur Wirtschaft muss dabei nicht einmal böser Wille oder politisches Kalkül vermutet werden. Vielmehr stellt der Wandel zur „unternehmerischen Hochschule“ in Anbetracht ihrer chronischen Unterfinanzierung eine ökonomische Notwendigkeit dar, um im kapitalistischen Wettbewerb bestehen zu können.

Die Antwort auf diese umfassende Umgestaltung der Hochschulen im Sinne wirtschaftlicher Verwertung sollte allerdings nicht daraus bestehen, sich eine nur für wenige privilegierte Menschen zugängliche, hierarchisch organisierte Eliteneinrichtung verklärend zurückzuwünschen, in der Bildung zum bloßen Selbstzweck verkommt. Stattdessen muss die grundsätzliche Frage nach der gesellschaftlichen Funktion von Bildung u n d



Folglich bleiben auch innerhalb der Hochschulen auf dem sonstigen Arbeitsmarkt offenkundige Ungleichheiten nicht aus. Wenn öffentliche Mittel nur befristet und im geringen Ausmaß bewilligt werden, ergeben sich daraus fast zwangsläufig befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbetrieb selbst. Insbesondere betrifft dies den akademischen Mittelbau, also studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, die als billige und flexible Arbeitskräfte wissenschaftliche Forschung und Lehre verrichten.

Bildung ist mehr wert!

Wissenschaft gestellt werden. Diese sollte darin bestehen, Kompetenzen und Wissen zur Auseinandersetzung mit und Lösung von gesellschaftlichen Problemen zu vermitteln. In diesem Verständnis dient Bildung dem Zwecke der Gesellschaft sowie der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und schafft somit die Grundlage für Emanzipation und Fortschritt. Das bedarf einer radikalen Öffnung der Hochschulen für alle Menschen ebenso wie der Stärkung demokratischer Selbstbestimmung und ökonomischer Unabhängigkeit.

Kurz gesagt: Bildung sollte also tatsächlich im besten Wortsinne keine Ware sein – das allerdings weiß der Kapitalismus zu verhindern.



Widerstand gegen Nazis am Beispiel Stadion

Von den Ultras Braunschweig

Warum der Widerstand gegen Nazis und rechte Ideologien überall stattfinden muss: am Beispiel Fußball & Stadion

In Zeiten von Krisen, in denen die ausgrenzenden Mechanismen des kapitalistischen Systems in aller Deutlichkeit sichtbar werden, wird auch der Wunsch laut nach etwas anderem. Etwas, bei dem es nicht um Leistung geht und bei dem es keinen Unterschied macht, welchem Geschlecht eine Person zugeordnet wird oder welche Nationalität sie besitzt. Etwa nach einem Raum, der die Freiheit bietet, nach dem zu streben oder das zu entwickeln, was in der Mehrheitsgesellschaft nur schwer zu verwirklichen ist.

Gemeinhin definiert man eine solche Intention als Freiraum, also die Freiheit, die eine Person oder eine Personengruppe zur Entwicklung ihrer Vorstellungen oder zur Entfaltung ihrer Kreativität benötigt. So stellt ein Freiraum in emanzipatorischen Zusammenhängen meist einen Raum dar, in dem Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und jeglicher anderen Form der Diskriminierung entschieden entgegengetreten wird, da sich dort alle Menschen frei bewegen und entfalten können sollen.

Dass ein derartiger emanzipatorischer Anspruch

nicht selbstverständlich ist, zeigt die Tatsache, dass auch Nazis oder rechtsoffene Menschen immer wieder versuchen, bestimmte gesellschaftliche Räume zu besetzen, in denen sie ihre menschenverachtende Weltanschauung ungestört verbreiten können. In Institutionen wie Ortsfeuerwehren und Sportvereinen finden diese offen propagierten Meinungen oftmals Anklang bzw. werden als übliches „Stammtischgerede“ hingenommen. Aber auch in der Schule, der Uni, bei der Lohnarbeit im Betrieb oder eben im Fußball-Stadion versuchen Menschen mit rechtem Gedankengut Akzeptanz zu erlangen. Nicht überall trifft dies auf aktive Gegenwehr, sondern stattdessen auf falsch verstandene, unreflektierte Toleranz. Das Zusammenspiel von Verharmlosung und Stillschweigen ermöglicht Nazis somit an Diskurse der gesellschaftlichen Mitte anzuknüpfen und andere Menschen für ihre Politik zu gewinnen.

Warum es auch und gerade beim Fußball verhindert werden muss, dass Nazis gesellschaftliche Räume besetzen können, zeigt die aktuelle Entwicklung der Konflikte zwischen antirassistischen Fangruppen und rechtsoffenen bis rechten Hooliangruppen in Deutschland. Ob nun in Aachen, Dortmund oder Braunschweig, rechte Strukturen in den Fankurven wurden lange Zeit toleriert oder von der breiten Masse mitgetragen.

Zwar gehören „Sieg Heil“-Rufe zum großen Teil der Vergangenheit an und auch Reichskriegsflaggen sieht man nicht mehr auf den Stadionrängen, aber der Fußball scheint vielerorts weiterhin eine der größten gesellschaftlichen Plattformen für offene Diskriminierung zu sein. Das Fußballspiel mit dem Stadionbesuch am Wochenende stellt für viele Menschen den Ausgleich zu ihrem Beruf oder der Familie dar, bei dem sie getarnt in einer anonymen Masse ihren Frust oft in Form der Abwertung anderer Menschen ka-

Hooligan-Musik der Zugang zu rechtem Gedankengut ermöglicht, oder es wird mit anderen, normalen Fans“ an der Bierbude salonfähige Hetze gegen „Ausländer“ betrieben, die ihnen vermeintlich die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Vereine sind häufig relativ machtlos gegen diese Unterwanderung von rechts, die Fanprojekte überfordert und unterfinanziert. Der Fokus ihrer Arbeit wird oftmals bei der Organisati-



– und dabei viel zu selten Kritik der restlichen Stadionbesucher*innen ernten. Immer wieder sind Rechtfertigungen zu hören, wie: „das gehört halt zum Fußball dazu“, das sind die Emotionen“ oder der meint das gar nicht so, der ist sonst ganz anders“. Aus diesem Grundverständnis vieler Anhänger*innen entsteht ein gefährlicher Normalzustand, der eine Voraussetzung zur Legitimierung rechter Aktivitäten und Gewalt sein kann.

Genau auf diesen Zustand in deutschen Fan- kurven springen Nazis gezielt an. Jugendlichen wird beispielsweise über gewaltverherrlichende

on von Fan-Bussen, Präventivmaßnahmen gegen Alkoholismus oder der Vermittlung zwischen Fans und Polizei gesetzt. Das Engagement gegen Ausgrenzung und Unterdrückung hingegen hat selten einen gleichwertigen Status und scheitert zuweilen auch an der Angst, selbst von rechter Gewalt betroffen zu sein.

Auch in Braunschweig ein Problem

In Teilen der Fanszene von Eintracht Braunschweig gibt es ebenfalls seit mehreren Jahrzehnten Verbindungen zu regionalen Nazistrukturen und -kadern, die sich hier zur Vernetzung treffen oder um neue Personen zu agitieren. Dies hat lange Zeit kaum jemanden gestört, vielen war

es zuletzt wohl auch gar nicht bewusst, treten diese Leute doch nicht mehr so offen auf, wie noch in den 1980er- und 90er-Jahren. Inzwischen wird sich bewusst verdeckter Codes und der Symbolik rechter Modelabels (v.a. Thor Steinar) bedient, um nicht von vornherein als Nazi erkennbar zu sein. Die Situation in Braunschweig kam allerdings wieder in Bewegung und zu öffentlicher Aufmerksamkeit, als sich die Gruppe Ultras Braunschweig mit einigen anderen Eintracht-Fans und Sympathisant_innen im Herbst 2012 u.a. mittels Spruchband im Stadion gegen Nazis und Diskriminierung positionierten und damit offen klar machten: „Wir wollen diese rechten Hooligan- und Fangruppen nicht im Eintracht-Stadion“. Diese Positionierung führte relativ schnell zu Einschüchterungsversuchen und rechter Gewalt.

Seit der offenen Benennung dieser Strukturen fürchten viele Nazis, die insbesondere bei den rechten Hooligangruppen aktiv sind, offenbar um ihre Vorherrschaft, durch die sie bis dato relativ ungestört rund ums Eintracht-Stadion agieren konnten. Leider zog dieser öffentlich wahrnehmbare

Konflikt nicht automatisch die Solidarisierung aller Eintracht-Fans bzw. die Unterstützung der von rechter Gewalt Betroffenen nach sich. So betrachten viele den Widerstand gegen Rechts als eine Art Nestbeschmutzung und fürchten um den guten Ruf der gesamten Fanszene des Vereines, obgleich ein klares Statement gegen jene rechten Teile der Fanszene dem Ruf eher förderlich wäre. Stattdessen entsteht vielfach ein erschreckender Abwehrreflex, an dessen Ende wiederum die Verharmlosung der Strukturen oder ein Burgfrieden zugunsten einer geeinten Fanszene steht. Frei nach dem Motto: Was nicht vorhanden ist, kann nicht gewalttätig

sein und somit auch nicht andere Leute bedrohen oder körperlich attackieren. Dass sich in den Jahren seit 2007 mehrere Dutzend rechte Aktivitäten und Übergriffe ereignet haben, wie die Initiative gegen rechte (Hooligan-)Strukturen in ihrer veröffentlichten Chronologie belegt, wird deshalb auch wenig Beachtung geschenkt.

Dieser Effekt verdeutlicht, welche Ausmaße es haben kann, wenn durch falsch verstandene Toleranz und gleichzeitige Ignoranz, Diskriminierungen und die dahinterstehenden Strukturen akzeptiert werden. Hieraus entstehen gesellschaftliche Räume, in denen sich Nazis festsetzen und die sie für ihre Zwecke nutzen können. Wichtig ist deshalb, ihnen an diesen Orten klarzu-

machen, dass sie mit ihrer menschenverachtenden Einstellung nicht willkommen sind und von dort verdrängt werden. Nur auf dieser Basis können Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie Antidiskriminierung und ein solidarisches Miteinander, als Standard gemeinsam festgelegt werden – um damit die Voraussetzungen zu schaffen, die Faschismus auf lange Sicht unmöglich machen.

Dafür ist es nötig, andere Menschen auf die Ursachen und Gefahren rechter Gewalt aufmerksam zu machen und selber für Stadien und Fankurven als Freiräume von Diskriminierung und Unterdrückung zu kämpfen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich antidiskriminierende (Fan-)Gruppen nicht entmutigen lassen und sich weiterhin rechten Umtrieben in den Fankurven und in der gesamten Gesellschaft entschlossen in den Weg stellen. Denn auch der Fußball und das Stadionerlebnis sollte, wie jeder gesellschaftliche Raum, für alle da sein, aber ganz bestimmt nicht für Nazis.





Eine Welt, wie sie uns gefällt!

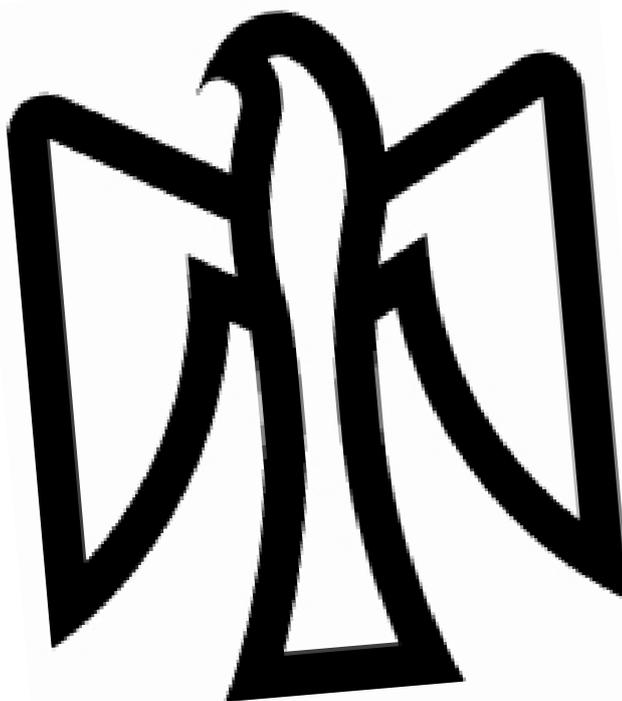
Von den Falken KV Braunschweig

Tagtäglich werden wir mit Dingen konfrontiert, die uns nicht passen. In der Schule stehen wir unter ständigem Leistungsdruck. Wenn wir damit fertig sind, haben wir große Freude mit dem Bachelor und Master System, müssen uns mit blöden Ausbildern rumschlagen oder haben im besten Fall keine Ausbildung bekommen und uns sitzt das Arbeitsamt im Nacken. Als würde das allein nicht reichen, stehen wir auch noch Problemen wie Sexismus oder Rassismus gegenüber. Sei es durch Sportlehrer, die eine doch etwas veraltete Meinung von Mädchen und Bällen haben, durch Leute, die meinen, man dürfe keine kurzen Röcke anziehen, weil man sonst vergewaltigt würde, öffentliche Schuldzuweisungen gegenüber den faulen Griechen oder Menschen, die mit Beschimpfungen wie

Du Jude“ oder schwule Sau“ um sich werfen. Das steht in unserer Gesellschaft leider auf der Tagesordnung und man muss irgendwie damit umgehen, sich anpassen, dumme Bemerkungen ignorieren

oder sich sogar selbst die Schuld geben, wenn's mit Schule oder Ausbildung nicht klappt und man es einfach nicht schafft, allen Anforderungen gerecht zu werden. Es wird uns oft schwer gemacht, uns dagegen zu wehren oder für uns festzustellen, dass wir es nicht selbst, sondern es die Anforderungen sind, die nicht passen. Vor allem Jugendliche und Kinder bekommen selten die Chance, sich dem entgegenzustellen und eigenständig zu entscheiden. Sie sind der Notwendigkeit“ aus-

gesetzt, einen vorgeschriebenen Bildungsweg zu gehen, um später auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig



zu sein und schließlich eine funktionierende Familie gründen zu können, die ihren Beitrag gegen den demographischen Wandel leistet.

Es wird von uns erwartet, dass wir unsere eigene Entmündigung einfach hinnehmen und immer wieder zurückstecken müssen, bis wir uns daran gewöhnt haben. Denn das Nein-Sagen zu allgemeinen, gesellschaftlich anerkannten "Tatsachen" wird Kindern und Jugendlichen nur selten beigebracht und wenn es doch einmal ausgesprochen wird, nicht ernst genommen. Diese "Notwendigkeiten" und Zwänge sind nichts Naturgegebenes, sondern entstehen dadurch, dass Mensch sie tagtäglich reproduziert. Wir sind schließlich alle Teil der Gesellschaft und somit auch in der Verantwortung, diese zu kritisieren und zu verändern. Aus diesem Grund versuchen wir Freiräume zu schaffen, in denen wir uns kritisch mit uns und der Gesellschaft auseinanderset-

zen, damit wir Gegenkonzepte und Strategien entwickeln können, wie wir mit Zwängen und Diskriminierung umgehen können. Das funktioniert natürlich auch nur bedingt, da wir uns keineswegs aus der Gesellschaft ausklammern können. Wir sind ein Teil von ihr, der auch weiterhin Rollenbilder reproduziert, zur Schule und zur Arbeit geht und auch die gebrachten Verbesserungsvorschläge stets auf die bestehenden Verhältnisse ausgerichtet sind. Deswegen ist es umso wichtiger, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten anzubieten, aus denen sie lernen können, ihr Umfeld kritisch wahrzunehmen und Änderungsvorschläge zu entwickeln. Denn gegen die Dinge, die uns nicht passen, müssen wir aktiv vorgehen. Das können wir nur, wenn wir wissen was uns nicht passt und wie wir es ändern können, wenn wir wissen, dass eine andere Welt möglich ist. Wir wollen eine Welt, die uns gefällt!

Antifaschismus und Antikapitalismus?!

Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion (JAA)

*Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will,
sollte auch vom Faschismus schweigen.“*

Max Horkheimer, 1939

Nach dem Aufliegen der faschistischen Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) ist Antifaschismus in aller Munde. Selbst die aktuelle Landesregierung unter Rot-Grün schreibt in ihrem Koalitionsvertrag davon, dass sie für Antifaschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen eintrete. Das verwundert doch ein wenig und so soll an dieser Stelle mal ein wenig geklärt werden, was Antifaschismus tatsächlich bedeutet.

Nazis+Geheimdienste=noch mehr Naziterror
Nahezu täglich kommt mehr und mehr ans Tageslicht, wie sehr Geheimdienste und Polizeibehörden darin verstrickt waren, den NSU überhaupt möglich zu machen. Zehn Menschen

konnte diese Gruppe seit 2006 ermorden- hauptsächlich MigrantInnen. Dazu kommen Anschläge und Banküberfälle. Immer mehr zeigt sich, dass dieser Staat keine Fehler oder Versäumnisse gemacht hat, sondern der NSU schlicht das konsequente Ergebnis der jahrelangen Förderung von Nazistrukturen durch die Geheimdienste und den Staat darstellt. Die Praxis des Anwerbens von Informanten durch den Verfassungsschutz (VS) bei den Faschisten ist nun seit einiger Zeit in der Diskussion und hat vor allem eins deutlich gemacht: jahrelang wurden Millionen an Geheimdienstgeldern an Nazis gezahlt, damit diese, so wird offiziell gesagt, Infos über die Naziszene ausspucken. Diese Gelder wurden durch die angeworbenen Informanten fleißig in den Ausbau aktueller und den Aufbau neuer Nazistrukturen gesteckt. Wenn der Staat die Nazis mit Geld bewirft und mit Gerichten und Polizei dafür sorgt, dass ihnen der Weg auf der

Strasse freigeekloppt wird, ist eine Entwicklung hin zum staatlich finanzierten und vertuschten Naziterrorismus nur folgerichtig. Die jetzt einsetzende Mär von Fehlern“ der Geheimdienste hat nur einen Zweck: ablenken vom bisherigen, wohlwollenden Umgang mit Nazis und die Reformierung und Stärkung der Geheimdienste und deren Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden. Die Ermittlungen der Behörden und die Begleitung der NSU-Morde durch die Medien unter dem Schlagwort „Dönermorde“ offenbaren unterdessen den tief verwurzelten Rassismus in Staat und Gesellschaft. Obwohl es stellenweise in Betracht gezogen wurde, dass Faschisten für die Morde verantwortlich sind, wurden Ermittlungsansätze in diese Richtung nie eingehender verfolgt. Und alle waren damit zufrieden. Niemand außer den Angehörigen und FreundInnen der Ermordeten ahnten, oder wollten ahnen, dass hier faschistischer Terror vertuscht wird.

Ein Blick zurück ist ein Blick nach vorn

Faschismus fällt nicht vom Himmel. Es ist auch kein Sammelbegriff für jedes irgendwie autoritär oder unterdrückerisch funktionierende System. Es hat seine Gründe, warum dieser Begriff erst im Laufe des Kapitalismus aufkam. Als Faschisten bezeichneten sich die 1919 gegründeten Fasci Italiani di Combattimento“ (Italienische Kampfbünde“) in Italien unter Benito Mussolini. Sie propagierten einen vermeintlichen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Es war letztlich die erste Bewegung, die mit ihrem Gerede immer wieder gegen den Kapitalismus agitierte, aber nie das Ziel hatte, diesen abzuschaffen. Ihnen schwebte ein „korporatives“ Modell vor, bei dem gesellschaftliche Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben sollten. In Kombination mit dem ausgeprägten und aggressiven Nationalismus der italienischen Faschisten dürfte klar sein, dass das „Teilhaben“ nur teilweise für alle galt. Vorwiegend KommunistInnen und die organisierte ArbeiterInnenbewegung wurden in ihren Zielen als Feinde betrachtet, auf das Schärfste bekämpft und mit Terror überzogen.

KommunistInnen analysieren den Kapitalismus als eine Klassengesellschaft, in der sich die Klasse der Ausgebeuteten und die Klasse der Ausbeuter gegenüberstehen. Die den Kapitalismus bedingende Profitlogik steht dem Fortschritt und der Entwicklung jedes und jeder Einzelnen

und somit der Menschheit als Ganzes im Wege. Der Kapitalismus geht, damals wie heute, täglich für diese Logik über die Leichen von Millionen, wenn die Kasse stimmt. Er muss ersetzt werden durch ein System, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Ein solches System kann nur gemeinsam, weltweit und von den Ausgebeuteten selbst gegen den Kapitalismus und seine zerstörerischen Kräfte erkämpft werden.

Faschisten haben aufgrund ihres Nationalismus dagegen ein starke, geeinte Nation als Ziel, die, wenn schon nicht international dann wenigstens regional, auf wirtschaftlichem, militärischen und kulturellem Gebiet tonangebend ist und allen Anderen mal zeigt wo es langgeht. Natürlich entwickeln nur jene Menschen solche Vormachtstrümereien, die diesbezüglich das Gefühl haben, zu kurz gekommen zu sein. Um eben wieder zu dem zu werden was man mal war bzw. glaubt, mal gewesen zu sein oder dort mitmischen zu können, wo andere Nationen um Rohstoffe, Märkte und Vormachtsstellungen konkurrieren, müssen sich alle in der zusammengeschaubten nationalen Gemeinschaft mal zusammenreißen, die eigenen Gefühle, Träume und Wünsche hinten anstellen (oder am besten ganz vergessen) und mitanpacken. Wer sich nicht unterordnen und aufgeben kann, weil er/sie von vornherein durch die faschistische Ideologie ausgeschlossen wurden, wie Jüdinnen und Juden, Schwule, Lesben und alle anderen, die aus der heterosexuellen Norm fallen, körperlich oder geistig Behinderte und viele andere, wird diskriminiert, verfolgt, eingesperrt, deportiert oder ermordet. Wer sich nicht unterordnen und aufgeben will, weil er/sie eine andere Vorstellung vom Leben hat, wie KommunistInnen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, AnarchistInnen, FeministInnen, etc., muss mit dem gleichen Schicksal rechnen.

Wesentliche Punkte, die die faschistische Ideologie seither ausmachen sind der Nationalismus, Militarismus, Antikommunismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Obrigkeitshörigkeit, Elitendenken und so einiges mehr. All das wurde durch die Faschisten nicht erfunden. Teils Jahrhunderte alt und in der „Moderne“ immer wieder neu aufgelegt, bilden diese Ideologien den Nährboden, auf dem der Faschismus gedeihen kann. Dieser Boden wird jeden Tag aufs Neue durch den Konkurrenzdruck des Kapitalismus und den bürgerlichen Staat gedüngt. Die Debatten

um die rassistischen Thesen von Sarrazzin, die Diskussionen um Sexismus bei Politikern, siehe FDP-Brüderle, und in der Gesellschaft, siehe die Grabscher und Pro7-Stars Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf oder die Nutzung von Schulen, Unis, Bildungsmessen, Arbeitsämtern, öffentlichen Plätzen als Rekrutierungsstellen der Bundeswehr zeigen sehr deutlich, dass hier viel Mist mittlerweile als „normal“ schulterzuckend hingenommen oder gar wohlwollend aufgenommen wird. Faschisten setzen genau hier an, vereinen und brutalisieren diese Ideologien bis zu ihrer mörderischen Konsequenz.

Faschismus ist Krisenpolitik der herrschenden Klasse

Große Teile der herrschenden Klasse hatten damals keine Probleme mit solchen Visionen von einer „neuen“ Gesellschaft. Wieso auch? Die Faschisten wollten, weder damals noch heute, das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben oder hatten sonstwie vor, dass die ArbeiterInnen selbst die Kontrolle der Produktionsmittel kontrollieren würden. Vielmehr treten die Faschisten ja eben dafür ein, dass genau das nicht passiert. In ihrer Fixierung auf Führerpersonen und Eliten können sie sich gar nicht vorstellen, dass die Massen selbst in der Lage sind, sich zu organisieren, zu denken und zu handeln, ohne dass ihnen jemand von oben herab sagt, was sie zu denken und zu tun haben. Weil sie also mit dem Versprechen antreten, mit dem ganzen Chaos von Klassenkampf und Unruhe in den kapitalistischen Zentren mal so richtig aufzuräumen, sind sie im Sinne der herrschenden Klasse keine Gegner, sondern (potentielle) Bündnispartner. In Krisenzeiten wird auf die Option faschistischen Terrors gegen Aufstands- und Umbruchsstimmung in der Bevölkerung gerne zurückgegriffen. Das historisch beste Beispiel ist der Aufstieg der Nazis in Deutschland. Sie traten als entschiedenste Gegner der revolutionären ArbeiterInnenbewegung auf und ihr Gerede gegen „das Großkapital“ (wohlgemerkt: „das Großkapital“, das Kapital an sich bzw. das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, der Kapitalismus an sich war für die Nazis nie das Problem) brachten ihr in der Weltwirtschaftskrise enormen Zulauf. Diese Mischung aus Verankerung in der Bevölkerung und der Terror gegen die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung machte sie als Bündnispartner für die herrschende Klasse interessant. Seit dem zweiten Weltkrieg haben die kapitali-

stischen Staaten, die sich einen demokratischen Anstrich geben, immer wieder faschistische Staaten unterstützt. Als Beispiele seien hier u.a. die guten Beziehungen der BRD nach Spanien unter Franco von 1939 bis 1975 oder die guten Beziehungen nach Chile unter Pinochet 1973 bis 1989 genannt. Das aktuelle Beispiel ist das heutige Griechenland wo die faschistische Partei „Goldene Morgendämmerung“ in wenigen Monaten von einer unbedeutenden Kleinstpartei zur drittstärksten Partei im griechischen Parlament werden konnte. Ihr Terror auf der Straße richtet sich nicht gegen Polizei, Staat und Kapital, sondern gegen die ohnehin schon rassistisch Ausgegrenzten. Mehr noch, gemeinsam mit der Polizei werden nicht-GriechInnen verfolgt und ermordet. Das hilft zwar nicht gegen die Verschärfungen des Kapitalismus aber man kann sich als „Macher“ inszenieren und kanalisiert die Ängste vor diesem Scheißsystem in Bahnen, die für die herrschende Klasse ungefährlich sind. Und die revolutionären Kräfte haben das Problem, dass sie sich nicht mehr nur gegen die Bullen wehren müssen, sondern auch noch gegen die faschistischen Terrorgruppen und ein immer stärker um sich greifenden Rassismus und Nationalismus, der die Menschen spaltet und gegeneinander hetzt. Mittlerweile kann die „Goldene Morgenröte“ von einer Massenbasis in der Bevölkerung ausgehen und die bürgerlichen Parteien scheinen darin keine wirkliche Gefahr zu sehen. Im Gegenteil scheinen Teile des Staatsapparates sich über den „Tatendrang“ der Faschisten zu freuen. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der häufig zu beobachtenden Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der „Goldenen Morgenröte“ und der Polizei. Auch die nicht stattfindende Strafverfolgung gegen die Faschisten spricht Bände. Derweil reibt sich das Kapital die Hände, weil die Löhne weiter sinken, Arbeitsplätze prekariert werden und die Rechte der ArbeiterInnen weiter eingeschränkt werden.

Ein Fazit

Aus dem vorangegangenen ergeben sich so einige Eckpunkte dessen was Antifaschismus ist. Antifaschismus ohne Antikapitalismus ist kein Antifaschismus. Ohne die Analyse und Benennung der Ursachen zu seinem Entstehen und Wirken kann kein effektiver Kampf gegen faschistische Umtriebe geführt werden. Faschismus ist die Option der Aufstandsbekämpfung in Krisenzeiten, wenn die bürgerliche Demokratie nicht

mehr in der Lage ist, den notwendigen Rahmen zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wahnsinns zu stellen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch kein Vertrauen auf diesen Staat des Kapitals möglich oder sinnvoll. Die historischen und tagespolitischen Ereignisse beweisen, dass der bürgerliche Staat die Faschisten stützt, bezahlt und gegebenenfalls hofiert. Im günstigsten Fall werden sie eine gewisse Zeit an der kurzen Leine gehalten, was ihnen und der Öffentlichkeit durch Partei- und Organisationsverbote deutlich gemacht wird. Bekannterweise führt das lediglich zu Umstrukturierungen bei den Faschisten. Der

Faschismus ist aufgrund seines Klassencharakters zwischen diesen Polen der Gängelung und Hofierung durch die herrschende Klasse gefangen und nur dann in der Lage an die Macht zu kommen, wenn dies im Bündnis mit der Bourgeoisie geschieht. Sie offenbaren, dass die Situation der ausgebeuteten Lohnabhängigen ihnen am Arsch vorbeigeht, da sie als Antwort auf die Verschärfungen dieses Systems die Entsolidarisierung, die Spaltung entlang von Hautfarbe und Herkunft, der Lohnabhängigen anbieten. Davon lässt sich sicher kein Kapitalist beeindrucken.

Autor*innen:

DGB-Jugend BS

Wilhelmstraße 5
www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de/
lorenzo.poli@dgb.de

Junge NGG BS

Region Süd-Ost-Niedersachsen
Wilhelmstraße 5
www.junge.ngg.net
Katja.Derer@ngg.net

IG Metall Jugend Braunschweig

Wilhelmstraße 5
www.revolutionbildung.de
www.igm-bs.de
malte.stahlhut@igmetall.de

Ver.di-Jugend Braunschweig

Wilhelmstraße 5
www.jugend.verdi.de
jugend-region-s-o-n.verdi.de
jule.baumgartner@verdi.de

Antifaschistische Gruppe BS

www.agb.blogsport.de
agbs@freenet.de

AStA TU BS

Katharinenstraße 1
www.asta.tu-braunschweig.de
asta@tu-braunschweig.de

Ultras Braunschweig

www.ub01.de
info@ub01.de

Falken KV Braunschweig

Kuhstraße 28
www.kv.falken-bs.de
kv@falken-bs.de

Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion Braunschweig

Antifa Café
Cyriaksring 55
www.antifacafe.de.vu
www.braunschweig.antifa.net
antifacafe@riseup.net

Impressum:

Die Texte dieses Heftes geben nur die Meinung der jeweiligen Autor*innen wieder. Die Verteiler*innen des Heftes sind nicht mit den Macher*innen identisch. Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form "innen", um neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht auch Transgendern und anderen Rechnung zu tragen.

V.i.S.d.P.: Lorenzo Poli Wilhelmstr. 05, 38100 Braunschweig

Eine andere Welt ist nötig gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft

Wir, das Jugendbündnis zum 1. Mai, rufen auch dieses Jahr wieder zur Beteiligung am Jugendblock auf der 1. Mai-Demonstration in Braunschweig auf. Wie bereits in den letzten beiden Jahren haben wir uns auch dieses Jahr wieder zusammengeslossen, um die Interessen junger Menschen sichtbar zu machen. Wir, das sind junge Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, die es für notwendig halten, auf soziale und ökologische Widersprüche aufmerksam zu machen. Wir sehen die Wurzel dieser Probleme in der grundsätzlichen Form, wie die gegenwärtige Gesellschaft organisiert ist und stehen für eine andere gesellschaftliche Ordnung, in der die Interessen von Menschen nicht dem Profit untergeordnet werden und die im Kern auf Solidarität aufbaut.

Wir halten es für notwendig, vielfältig und auf allen Ebenen eine andere Gesellschaft möglich zu machen und sich zusammenzuschließen, um deutlich zu machen, dass es immer Alternativen zum Bestehenden gibt.

Beteilige auch du dich am Jugendblock am 1. Mai und komm vorbei!
Für ein schönes Leben für alle!
Denn eine andere Welt ist möglich.

1. Mai 10:30 Burgplatz

